

spotlight europe

2008/11 – Oktober 2008

Solidarität in der EU

Joachim Fritz-Vannahme

Bertelsmann Stiftung, joachim.vannahme@bertelsmann.de

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy will mit europäischen Staatsfonds die Unternehmen innerhalb der EU vor den Folgen der Bankenkrise schützen: Er will so die Wirtschaft nicht subventionieren, sondern stabilisieren. Sarkozy fordert damit Solidarität, um das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell zu schützen. Doch welche Herausforderungen muss dieses Modell künftig meistern?

spotlight europe # 2008/11

Sozialmodell: Konjunktur eines Begriffs

Solidarität wird nicht erst seit dem Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise zu einem Schlüsselwort europäischer Politik. Wer in die Suchmaschine seines Computers den Begriff „Soziales Europa“ eingibt, darf sich über rund 74.000 Treffer freuen - eine Textmenge, die mühelos ganze Bibliotheken füllen könnte. In ähnliche Dimensionen führt das englische Stichwort „European Social Model“ - 93.000 Antworten harren dort der Erkundung.

Kein Zweifel, das Soziale hat Konjunktur in Europa. Und das, wo doch die Europäische Union vom Bauprinzip her zunächst

einmal ein Binnenmarkt nebst Rechtsgemeinschaft ist, in der zwar üppig Agrarpolitik, aber so etwas wie Sozialpolitik eigentlich nicht vorgesehen war. Im EU-Finanzrahmen für die Zeit von 2007 bis 2013 gibt es sechs Rubriken, von Wachstum und Beschäftigung bis zur EU als globaler Akteur - das Stichwort Soziales sucht man dort vergeblich. Im [jährlichen Haushalt](#) für 2007 findet sich immerhin die Rubrik „Beschäftigung und Soziales“, wofür rund 11 Milliarden Euro vorgesehen sind. Für Landwirtschaft gibt die EU fünf Mal so viel aus.

Auch von daher kann die ablehnende Reaktion auf Sarkozys Vorstoß kaum überraschen: Eine integrierte Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es innerhalb der Union nur in den Anfängen.

Mitteinsatz und Begriffskonjunktur stehen also in einem schiefen Verhältnis. Und dennoch erfreut sich die Rede vom Sozialen Europa oder vom Europäischen Sozialmodell wachsender Beliebtheit. Auch und in erster Linie natürlich auf Seiten der gemäßigten Linken: Die Sozialisten und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament wollen im kommenden Jahr den Europa-Wahlkampf damit gewinnen. „[Ein neues soziales Europa](#)“ heißt darum ihre kürzlich veröffentlichte Broschüre.

Doch auch die Kommission hat Sympathie für den Begriff: Anfangs galt das Team um José Manuel Barroso als liberal, ja, es war (vor allem in Frankreich) gar als „neoliberal“ verschrien. Im Juli dieses Jahres nun legte die Kommission ihre „[erneuerte Sozialagenda](#)“ vor, „die dafür sorgen soll, dass die Politik der EU wirksam auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der heutigen Zeit reagieren kann“, wie es in der Pressemitteilung dazu hieß. Es gehe, so ihr Untertitel, in dieser Sozialagenda um „Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts“. Diese Passagen lesen sich wie ein Vorwort zu Sarkozys Ruf nach mehr Schutz für Europas Unternehmen und Arbeitsplätze.

Aber lassen wir Sarkozy einmal beiseite: Mit jenen „wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen“ sind zum einen die Veränderungen durch die Globalisierung, zum anderen durch den demografischen Wandel gemeint. „Im Regelfall wird Globalisierung als externes Phänomen betrachtet und viel zu selten nur als eine politisch gestaltbare Entwicklung“ heißt es in einem [Positionspapier der deutschen Bundesregierung](#) aus dem Juli 2006: „Entsprechend sind bislang die Ansätze in Europa, Globalisierung im Sinne einer Erhöhung unserer externen Wettbewerbsfähigkeit zu gestalten, fragmentiert.“

Die deutsche Regierung unter Angela Merkel verknüpft dabei Wettbewerbsfähigkeit mit Arbeitsplatzsicherung – und nicht anders verfahren auch die Brüsseler

EU-Institutionen. Der Streit zwischen Paris und Berlin in Sachen europäischen Interventionsfonds geht um die Methode, nicht ums Prinzip. Sozialpolitik und Binnenmarktpolitik sind in dieser Sicht quasi Zwillinge. Wer den Binnenmarkt stärkt, betreibt Arbeitsplatzsicherung und eröffnet sich Spielräume für sozialen Schutz und soziale Politik.

Der phänomenale Erfolg des Schlagworts vom Europäischen Sozialmodell hat hier seinen Resonanzboden. Dieses Modell, so klingt es landauf, landab, muss modernisiert werden, um es in Zukunft verteidigen zu können. Das kann zweierlei bedeuten: Zum einen müssen demnach die Sozialstaaten innerhalb der Europäischen Union modernisiert werden, in Anlehnung an Esping-Andersens Typologie also in seiner skandinavischen, britischen, kontinentalen oder südeuropäischen Varianten.

Und zum anderen kann es auf die Modernisierung der Idee, des Modells „Europäischer Sozialstaat“, zielen, das sich sowohl in allen EU-Staaten als auch für die EU als Ganzes beweisen und behaupten muss. Im Folgenden konzentriert sich dieses Spotlight auf diesen zweiten Aspekt.

II

Wirtschaftliches Sein und europäisches Bewusstsein

„Wo es um Zwänge geht, denen der Wohlfahrtsstaat ausgesetzt ist, wäre es ein Fehler, sich allein auf die Globalisierung zu konzentrieren,“ warnt Anthony Giddens 2007 in seiner Studie über „Europe in the Global Age“: Denn einige der Kernprobleme, so Giddens, entsprängen einem „endogenen Strukturwandel“. Er zählt neben der Demografie dazu auch die Entindustrialisierung und gewisse Muster von Armut und sozialem Ausschluss. Auch der Wandel im Familien- und Frauenbild wäre zu den inneren Faktoren des Wandels zu rechnen, ja selbst die Migration zeigte innerhalb Europas ihre Wirkung, bevor von der Globalisierung die Rede war.

Doch egal, wie genau endogene oder exogene Faktoren sich zueinander verhalten – auch bei Giddens werden Wachstumchancen und Arbeitsmarktentwicklung eng verzahnt. Es gibt heute kein Zukunftsbild vom Europäischen Sozialstaat, das ohne die Grundfarben „jobs and growth“ auskommt.

Nicht erst in den Tagen eines angeblich neoliberal deregulierten Finanz- und Bankenkapitalismus hat das Soziale in der EU Konjunktur. In den späten achtziger Jahren sorgte der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors dafür, dass sich die Gemeinschaft um mehr als nur um den

erste Änderungsvertrag des EWG-Vertrags nach dreißig Jahren, schrieb zum einen die Aufgabe fest, den „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“ zu fördern. Zum anderen finden sich darin allerdings gerade einmal zwei konkrete sozialpolitische Bestimmungen, zum Arbeitsschutz und zum sozialen Dialog. Das war dem Franzosen, von Hause aus christlich-sozial geprägt, zu wenig.

Bis zum Maastrichter Vertrag 1993 gelang es nun Jacques Delors, eine zunehmend breite Debatte über den „sozialen Sockel“, über die Garantie sozialer Grundrechte in der Zwölferegemeinschaft zu führen. Und

selbst wenn die Ergebnisse hinter seinen

Erwartungen zurückblieben, so enthält doch der Maastrichter Vertrag ein Protokoll, das es elf der zwölf Mitglieder – Großbritannien scherte unter Thatchers Tory-Nachfolger John Major wie erwartet aus, erst der Amsterdamer Vertrag konnte das begründen – gestattet, auf den allermeisten Feldern des

Wie die EU Sozialpolitik macht

Durch redistributive Politik



Umverteilung zugunsten schwächerer Mitgliedstaaten, Regionen oder Individuen, z.B. Gemeinsame Agrarpolitik, Struktur- und Kohäsionspolitik, Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Globalisierungsfonds (EGF), Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität (PROGRESS)

Durch regulative Politik



Soziale Mindeststandards und Grundrechte werden festgelegt

- Primärrecht: u. a. Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Beruf, Anti-Diskriminierung, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Gesundheitsschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz
- Sekundärrecht: u. a. Freizügigkeitsverordnung, Arbeitszeitrichtlinie, Leiharbeitsrichtlinie

Durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH)



Tendenz in der Rechtsprechung zum Vorrang der Grundfreiheiten des Binnenmarktes vor sozialen Rechten

- Viking-Urteil (Dezember 2007): Streikrecht vs. Niederlassungsfreiheit
- Laval-Urteil (Dezember 2007): Streikrecht vs. Dienstleistungsfreiheit
- Rüffert-Urteil (April 2008): Tarifrecht vs. Dienstleistungsfreiheit
- Kommission/Luxemburg-Urteil (August 2008): Arbeitnehmerschutz vs. Dienstleistungsfreiheit

Durch den Sozialen Dialog



Diskussionen, Konsultationen, Verhandlungen und gemeinsame Maßnahmen der Organisationen der Sozialpartner (Arbeitgeber und Arbeitnehmer)

Durch „Soft Law“



Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten auch ohne vertragliche Zuständigkeit der EU (Offene Methode der Koordinierung), z.B. Europäische Beschäftigungsstrategie, Gesundheits- und Rentenpolitik

Quelle: Stuchlik/Kellermann, Europa auf dem Weg zur Sozialen Union, FES, 2008, S. 10-16

Binnenmarkt kümmerte. Seine Gegenspielerin damals hieß Margaret Thatcher. Die britische Premierministerin betrieb zu Hause wie in Brüssel eine Deregulierungspolitik in bislang ungeahntem Ausmaß. Doch gerade weil sie den Ausbau des Binnenmarktes so engagiert beförderte, musste sie ihren Partnern an anderer Stelle Zugeständnisse machen – was Delors nutzte.

Delors' erstes Prunkstück, die Einheitliche Europäische Akte von 1986, zugleich der

Arbeits- und Sozialrechts nach einstimmigem Beschluss aktiv zu werden. Delors wertete diesen Grundlagentext stets als persönlichen Erfolg.

Wenn die politisch ganz anders gefärbte Kommission unter Barroso heute erneut die sozialpolitische Flagge hisst, so hat auch dies mit den Zeit- und Marktumständen zu tun. Die Verantwortlichen der Europäischen Union sehen sich unter Druck, spätestens seit dem französischen „Non“

zum Verfassungsvertrag im Mai 2005. Nicht Schutzschild, sondern Speerspitze von Globalisierern und Deregulierern sei diese Europäische Union, lautet ein immer lauter werdendes Argument. Darum erarbeitete Barroso Ende 2007 eine „erneuerte Sozialagenda“.

Damals unter Delors trieb also die Entwicklung des Binnenmarktes ein kleines, aber folgenreiches Kapitel europäischer Sozialpolitik hervor. Und heute ist es die rapide und oft beängstigende Entwicklung der globalisierten Märkte, die in der Union die Debatte beflügelt. In beiden Fällen wurde das Soziale zum Gegenstand politischer Lager- und Machtkämpfe. Beide Male kam es zur Ausweitung und Schaffung bestehender oder neuer Märkte, beide Male war und ist der Ruf nach Einhegung dieser Märkte laut geworden. „Auf europäischer Ebene müssen wir die Rolle des Marktes und seine Grenzen (!) klarer definieren“, heißt es etwa in der schon erwähnten [Broschüre der europäischen Sozialdemokraten](#).

Wer Markt sagt, muss auch sozial sagen. Das ist nicht nur sozialdemokratische Überzeugung: Der Vertrag von Lissabon nennt (erstmal) die Soziale Marktwirtschaft als Leitbild. Womit deren Ausgestaltung im Zeichen von Gerechtigkeit und Wettbewerb zur künftigen Aufgabe dieser Union erklärt wird.

III

Die EU: Schon immer sozial?

Was da schon zu Delors Zeiten, erst recht in der Amtszeit Barroso als neu und innovativ angeboten wurde, war im Kern freilich uralt. Die These mag überraschen: Aber die EWG wie die EU ist von Anfang an und in ihrem Innersten „sozial“ angelegt gewesen.

Selbst als dieses politisch verfasste Europa noch „Europäische Wirtschaftsgemein-

schaft“ hieß, und erst recht, als diese sich zur Europäischen Gemeinschaft bzw. Union erweiterte und verwandelte, betrieb sie längst Sozialpolitik, und das in ungeahnten Dimensionen. Diese durfte nur nicht so heißen. Europas Regierungschefs von Adenauers Zeiten bis in Merkels Tage lüfteten ungern deren Inkognito, aus Angst vor dem Wähler. Das machte mit den Jahren vieles komplizierter als es hätte sein müssen.

Sozialpolitik war zum Beispiel die Gemeinsame Agrarpolitik seit ihren Anfängen im EWG-Vertrag 1957. Denn die GAP sollte die landwirtschaftliche Produktivität steigern, die Verbraucher ausreichend mit Nahrungsmitteln zu vernünftigen Preisen versorgen - und angemessene Einkommen in der Landwirtschaft sichern. Für einen bestimmten Wirtschaftszweig also betrieb die EWG bewusst (auch) soziale Politik - und die EU knüpft bis in die Zeiten der Direktzahlungen an die Landwirte weiter daran.

Sozialpolitik ist auch die derzeitige EU-Struktur- und Kohäsionspolitik, in der Weise, dass wir es hier mit einer klassischen Politik der Umverteilung zu tun haben: Die Regionen werden dabei quasi personalisiert und wie Arme und Reiche behandelt.

Nimmt man die beiden Bereiche Agrar- und Regionalpolitik zusammen, so gibt die EU weit über die Hälfte ihres Haushaltes „sozialpolitisch“ aus. Nur nennt das niemand so. Das „soziale Europa“ existiert in dieser Perspektive nicht erst seit Delors und den Arbeiten am Maastrichter Vertrag. Bereits 1957 wurde im Übrigen der (bescheiden dotierte) Europäische Sozialfonds von den Gründungsmitgliedern der EWG ins Leben gerufen und in den Römischen Verträgen verankert.

Schon die alte EWG wollte also ein Wohlstandsgefälle zwischen ihren Mitgliedstaaten nicht untätig hinnehmen. Egal, wie erfolgreich sie dabei war, ihre Kritiker gestern wie heute verkennen

leicht diesen politischen Ethos. Wie ein Doppelgänger folgt der wachsenden Integration wie den vielen Erweiterungen (auch diese übrigens eine soziale Maßnahme, so sollte die Wohlstandszone sichernd ausgedehnt werden) die Selbstverpflichtung zur Solidarität.

IV

Neue sozialpolitische Ansätze

Doch wie sind die Mittel und Instrumente dafür beschaffen, und vor allen Dingen, wie müssten sie in Zukunft beschaffen sein?

Die Fachliteratur unterscheidet regulative Politik, wie sie sich angefangen von den Römischen Verträgen bis zum Vertrag von Lissabon niederschlägt, von redistributiver Politik (zwei Beispiele wurden mit der Agrar- und der Strukturpolitik genannt) und kollektivvertraglichen Absprachen und Abkommen im Zuge des Sozialen Dialogs der Sozialpartner. Gensondert wäre zudem die Rechtsprechung der Europäischen Gerichtshöfe auf ihre sozialen Folgen hin zu analysieren.

Es wäre freilich ein Irrtum, hinter dieser nützlichen Einteilung durch die Wissenschaft eine in sich schlüssige Planung durch die Politik zu vermuten. Ihre Sozialpolitik macht die Europäische Union nicht aus einem Guss. „Die Frage nach 'der richtigen' europäischen sozialen Dimension ist völlig ungeklärt und Gegenstand politischer Machtkämpfe“, schreiben im September 2008 Andrej Stuchlík und Christian Kellermann in einer [Studie für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung](#). Sie kritisieren: „Die besondere Schwierigkeit bei der Formulierung von sozialpolitischen Vorschlägen besteht für alle Beteiligten vor allem im hohen Komplexitätsgrad, der aus den Interdependenzen der Politikbereiche und der verschiedenen zuständigen Ebenen entstanden ist.“ Europas Weg zur Sozialen Union sei nur durch einen „intelli-

genten Mix aus nationalen und europäischen Kompetenzen“ zu erarbeiten: „Davon ist Europa jedoch weit entfernt.“

Methode(n) und Ziel stehen also in keinem glücklichen Verhältnis, allzu oft ergibt sich da etwas eher zufällig denn planerisch: Dies ist die auffälligste Schwäche der Europäischen Sozialpolitik und die eigentliche Hypothek für ihre künftige Entwicklung. Und wer genau hinschaut, wird diesen Befund nicht auf die Sozialpolitik eingrenzen wollen, sondern auf die „Governance“, das praktische Tun und Handeln der Union insgesamt, ausdehnen müssen.

Bestes Beispiel für solchen Befund ist das derzeit wohl ehrgeizigste EU-Sozialprogramm: Vor acht Jahren setzten sich die damals 15 Mitglieder der Union das Ziel, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Bis zu diesem Datum sollte die Union „im Rahmen des globalen Ziels der nachhaltigen Entwicklung ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt sein“, wie es in der sogenannten [Lissabon-Strategie](#) heißt.

Bis 2010 werden die selbst gesetzten Ziele freilich nicht erreicht werden, EU-Kommission und Europäische Rat haben sie darum in den vergangenen Jahren gleich mehrfach überarbeitet, wobei in unserem Zusammenhang die Frage zweitrangig ist, ob dies nun eine Anpassung oder eine Verwässerung bedeutet.

Im Grundsatz freilich hält die EU an ihren Zielen fest: Die Beschäftigungsquote in der EU soll 70 Prozent erreichen (bislang liegt sie bei 66 Prozent). Jeder zweite Arbeitnehmer jenseits der 50 Jahre soll im Berufsleben stehen - davon sind die 27 Mitgliedstaaten zumeist weit entfernt. Eine Beschäftigungsquote von 60 Prozent der Frauen ist erklärtes Ziel - erreicht werden heute 57 Prozent. Reformen der Arbeitsmärkte und Sozialversicherungssysteme in Richtung des (dänischen) *Flexicurity*-

Vorbildes sind Programm - nur kommen sie vielerorts nur langsam voran. Lebenslanges Lernen ist ein Kernthema der Lissabon-Strategie - außer in den skandinavischen Ländern liegt hier vieles im Argen. Für Forschung und Entwicklung soll jedes EU-Mitglied drei Prozent des BIP ausgeben - derzeit werden gerade einmal zwei Prozent als Durchschnitt gemeldet. Die [Kommission](#) beklagte Ende 2007 zudem Mängel im Bildungsbereich: „In Bezug auf die Zielvorgaben in diesem Bereich hat Europa keine wesentlichen Fortschritte erzielt. Europa muss sich nachdrücklich da-

gesellschaft will, der kommt um ein soziales Europa nicht herum. Das haben alle EU-Mitglieder erkannt - auch wenn die Bilanz ihrer Lissabon-Strategie vielfach enttäuschend ausfällt.

Das soziale Europa wird so zur notwendigen und gewünschten Begleiterscheinung eines Binnenmarktes, der sich mit den Besten der Welt, allen voran den Vereinigten Staaten und Japan messen will. Bei diesem Kräftevergleich schneidet die EU allerdings nicht gut ab - und die Finanzmarktkrise, die alle Welt schwächt, sollte diese



für einsetzen, die Basisqualifikationen junger Menschen anzuheben und den Anteil der frühen Schulabgänger drastisch zu reduzieren“.

Jedes dieser Ziele setzt soziale Veränderungen voraus - und damit politische Gestaltung, also Sozialpolitik, und das nicht mehr nur auf Ebene der Mitgliedstaaten.

Wer den Anteil berufstätiger Frauen erhöhen will, muss etwa für eine verbesserte Kinderbetreuung sorgen. Lebenslanges Lernen ebenso wie die Verringerung der Zahl der Schulabbrecher erfordert bildungs- und sozialpolitische Flankierung. Wer also die wettbewerbsfähige Wissens-

schlechte Leistungsbilanz Europas nicht vergessen machen.

Da ist, wie erwähnt, zum einen die ungünstige Altersstruktur - bereits jeder fünfte Europäer ist älter als sechzig Jahre. Die Geburtenrate in Europa ist deutlich zu niedrig, um das Schrumpfen der arbeitenden Bevölkerung zu verhindern. Die Vereinigten Staaten hingegen halten ihr Bevölkerungsniveau. Im Jahr 2000 arbeiteten in der EU 17 Prozent weniger junge Männer und 21 Prozent weniger junge Frauen als in den USA. Bei den älteren Arbeitnehmern war der Abstand ziemlich genau so groß. Die Kommission geht in ihrer „Sozialagenda“ davon aus, dass der Alte-

rungsprozess bis 2050 einen Anstieg der Ausgaben für Renten und Gesundheitsversorgung in einer Größenordnung von 4 bis 8 Prozent des BIP zur Folge haben wird.

Seit den achtziger Jahren ging das Wachstum in der EU mit 15 Mitgliedern kontinuierlich zurück, und das Bruttoinlandsprodukt erreicht nur mehr 70 Prozent des US-Niveaus. Der belgische Wirtschaftswissenschaftler André Sapir schlüsselte in einem [Bericht für die EU-Kommission](#) im Juli 2003 den Abstand EU-USA wie folgt auf: Ein Drittel des BIP gehe auf die geringere Produktivität zurück, ein Drittel auf kürzere Arbeitszeiten und ein Drittel auf eine schwächere Beschäftigungsrate.

Sapirs heftig debattierter Bericht erschien ein Jahr vor der Erweiterung der EU um erst zehn, mittlerweile 12 neue Mitglieder. Das EU-Modell der Governance, für eine kleine Gemeinschaft konzipiert, werde immer komplexer und müsse mit Unebenheiten der Marktintegration ebenso wie mit einer ständig wachsenden Zahl von Politikfeldern fertig werden. Zu den wichtigsten Feldern gehört zweifellos die Sozialpolitik: Sie muss den Zusammenhalt einer zunehmend ungleichen Union sichern. Das ist neben der „Antwort auf die Globalisierung“ die andere große Herausforderung für den Europäischen Sozialstaat.

Die [EU-Kommission](#) kommt 2007 zum Schluss: „Die Erweiterung hat die Ungleichheiten und die Probleme des EU-Zusammenhalts verschärft: Die Zahl der EU-Bürger ist um 20 Prozent gewachsen, das BIP hingegen nur um 5 Prozent. Darüber hinaus bestehen in den neuen Mitgliedstaaten erhebliche regionale Unterschiede; Wohlstand herrscht nur in einigen wenigen Regionen. Die Zahl der EU-Bürger, die in Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts leben, ist von 73 Millionen auf 123 Millionen gestiegen.“ Allein die Bevölkerungsalterung werde zur Folge haben, dass bis 2040 das potenzielle Wachstum in der EU von derzeit 2 bis 2,25 Pro-

zent auf etwa 1,25 Prozent abfällt. Die kumulative Wirkung eines solchen Rückgangs wäre, dass das Pro-Kopf-BIP um etwa 20 Prozent niedriger ausfällt als normalerweise zu erwarten wäre.

V

Europäisches „Wir-Gefühl“

Demografie, Altersstruktur, Familienentwicklung und Erweiterungsfolgen belegen, dass es ein gefährlicher Kurzschluss wäre, eine künftige Sozialpolitik für Europa allein als „Antwort“ auf die Globalisierung zu entwerfen. Europa muss mit sich selbst ebenso zurechtkommen wie mit der Globalisierung. Und es darf dabei nicht in den Irrtum verfallen, „Globalisierung“ ereigne sich irgendwo auf der anderen Seite des Aquariums.

Diese Einsicht hat sich in Brüsseler Kreisen inzwischen durchgesetzt – aber viele EU-Bürger darum noch längst nicht erreicht. Die Finanz- und Bankenkrise in diesem Herbst scheint deren Abwehrreflexe noch zu verstärken: „Die Finanzkrise hat nicht nur die Skepsis gegenüber wirtschaftlichen Freiräumen genährt, sondern die ohnehin weit verbreitete Überzeugung genährt, dass es um soziale Gerechtigkeit und Ausgleich nicht zum Besten bestellt ist“. So beschreibt [Renate Köcher](#), die Leiterin des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts, im Oktober die Stimmung der Deutschen. Welche Ironie, dass ihnen im selben Augenblick ein Franzose mit seiner Interventionspolitik eine Antwort liefert. Dem Ruf nach dem intervenierenden Staat entspricht in dieser Umfrage ein verbreitetes Misstrauen in Privat- und Familieneigentum. Es geht vielen Bürgern nicht um Wettbewerbsfähigkeit, sondern um Arbeitsplatz- und Sparsicherheit.

Womit wir beim Eigentlichen angekommen sind: Doch dieses Eigentliche ist kaum messbar und nur schwer in ökonomische oder soziologische Modelle zu fassen. Denn Solidarität im Sozialstaat setzt ein Minimum an „Wir-Gefühl“, an Mitverant-

wortung voraus. Wie aber ist es heute um das „Wir-Gefühl“ der Europäer bestellt, und wie wird sich das im Zeichen verschärften internationalen, infra-nationalen und europäischen Wettbewerbs entwickeln? Welche Governance soll diese Solidarität befördern? Und welchen Stellenwert hat überhaupt der Europäer, der Bürger in dieser Europäischen Union?

Warum leben und arbeiten „wir“ halbe Milliarde in der EU eigentlich zusammen: Diese Frage ist für die Zukunft genauso wichtig wie die Frage nach dem Wie der richtigen wirtschaftlichen und sozialen Governance Europas.

Weiterführende Literatur:

Anthony Giddens, *Europe in the Global Age*, London, 2007

Andrej Stuchlik und Christian Kellermann, *Europa auf dem Weg zur Sozialen Union? – Die Sozialagenda der EU im Kontext europäischer Sozialstaatlichkeit*, FES Internationale Politikanalyse, September 2008

Stephan Collignon, *Vorwärts mit Europa: Für eine demokratische und progressive Reform der Lissabon-Strategie*, FES Internationale Politikanalyse, April 2008

Iain Begg, Juraj Draxler und Jorgen Mortensen, *Is Social Europe Fit for Globalisation? – A study of the social impact of globalisation in the European Union*, Centre for European Policy Studies, März 2008

Roger Liddle und Frédéric Lerais, *Soziale Wirklichkeit in Europa*. Konsultationspapier des Beratergremiums für Europäische Politik, Februar 2007

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2008/10
Frozen Conflicts – Kant reloaded
Stefani Weiss

spotlight europe # 2008/09
Eine Stimme für den Euro
Robert B. Vehrkamp

spotlight europe # 2008/08
Neues im Osten: Erwartungen an ein EU-Russland-Abkommen
Piotr Buras, Fraser Cameron, Cornelius Ochmann, Andrei Zagorski

Alle Ausgaben des "spotlight europe" stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight